

Frühzeitige Beteiligung geplant

Konzept für stärkere Mitsprache von Anwohnern in Arbeit

Lichtenberg wächst und wächst. Jedes Jahr ziehen mehrere Tausend Menschen in unseren Bezirk. Die müssen alle irgendwo wohnen. Dementsprechend viel wird gebaut.

Lichtenberg steht momentan berlinweit auf Platz drei bei der Anzahl der Baugenehmigungen. Nicht jedes der neu gebauten Häuser trifft dabei auf Gegenliebe bei den „alteingesessenen“ Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern. Dabei sind es selten die Großbauvorhaben wie der Lindenhof oder die Bauprojekte auf dem Gelände der Weißen Taube, die Widerstände hervorrufen, sondern vielmehr die mittelgroßen Bauvorhaben. Denn die werden oft in direkter Nähe zu bestehenden Wohnhäusern gebaut. Auf Brachen ehemals abgerissener DDR-Kindergärten und in Innenhöfen. Die dort lebenden Anwohnerinnen und



Birgit Monteiro will Anwohnerinnen und Anwohner stärker beteiligen.

Foto: bbr

Anwohner sehen diese Flächen aber selten als „Potentialflächen für Wohnungsbau“, sondern meist so, wie sie auch aussehen: als Grünflächen.

Problematisch bei diesen mittleren Bauvorhaben ist, dass daran rein rechtlich keine Bürger beteiligt wer-

den müssen. Es reicht aus, zu Beginn der Bauarbeiten ein Bauträgerschild aufzuhängen. Dann sind aber bereits alle Planungen abgeschlossen.

Das Bezirksamt möchte in den kommenden Monaten neue Methoden ausprobieren, um Bürgerbeteili-

gung frühzeitiger zu ermöglichen. Die zuständige Bezirksstadträtin Birgit Monteiro (SPD) erklärt: „Im Moment organisieren wir parallel mehrere Beteiligungsformate und wollen aus den dortigen Ergebnissen lernen.“ Aktuell beginnen beispielsweise die ‚Runden Tische‘ zu den Kaisergärten und dem Dolgensee-Center. „Beim Bauvorhaben Ilsestraße werden wir eine Anwohnerversammlung veranstalten und dort das weitere Vorgehen gemeinsam mit den Betroffenen besprechen. Die Erfahrungen daraus sollen in ein Konzept zur frühzeitigen Anwohnerbeteiligung einfließen, das ich im Herbst vorlegen möchte“, ergänzt Monteiro, „künftig wollen wir, dass betroffene Anwohner nicht nur frühzeitiger informiert werden, sondern auch weitere Mitspracherechte erhalten. Die richtigen Wege dazu müssen gefunden werden.“